

**CERCLE II**

**Working document 08**

**Arbeitskreis Haushaltsverfahren**

**Betrifft : Stellungnahme von Hans Martin Bury zum Fragebogen zur Finanziellen  
Vorausschau (WD 01)**

Die Mitglieder des Arbeitskreises erhalten in der Anlage die Stellungnahme von Hans Martin Bury, stellvertretendes Mitglied des Konvents, zum Fragebogen zur Finanziellen Vorausschau (WD 01).

---

**Arbeitskreis "Haushaltsverfahren"**

**Stellungnahme von Hans Martin Bury zum Fragebogen zur Finanziellen Vorausschau  
(WD 01)**

Frage 1 (Bezeichnung)

Die Finanzielle Vorausschau (bestehend aus Regelungen zur Haushaltsdisziplin und Finanztableau) bildet den Rahmen für das jährliche Haushaltsverfahren. Dies sollte auch in der Bezeichnung in der Verfassung zum Ausdruck kommen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Regelungen als „mehrjährigen Finanzrahmen“ (multiannual financial framework) zu bezeichnen. Alternativ könnte auch der eingeführte Begriff „Finanzielle Vorausschau“ (Financial Perspective) beibehalten werden.

Die in der Arbeitsgruppe "Vereinfachung" vorgeschlagene Bezeichnung „financial planning mechanism“ erweckt dagegen einen falschen Eindruck über den Inhalt der Regelung, da sie zu stark auf das Verfahren abstellt („mechanism“).

Frage 2 (Obergrenze für die Mittel für Zahlungen)

In der Verfassung sollte nur der Rechtssatz verankert werden, dass die Finanzielle Vorausschau eine absolute Höchstgrenze für die jährlichen Mittel für Zahlungen der Gemeinschaft festschreibt. Die konkrete Zahl für die einzelnen Jahre würde dann in der sekundärrechtlich zu verabschiedenden jährlichen Finanziellen Vorausschau geregelt werden.

Frage 3 (Obergrenzen für einzelne Rubriken)

Wir schlagen vor, in die Verfassung aufzunehmen, dass die Finanzielle Vorausschau in Ausgab rubriken zu unterteilen ist, für die jeweils verbindliche Obergrenzen festzulegen sind.

Dagegen sollte die Abgrenzung der einzelnen Rubriken (Agrarpolitik, Strukturpolitik etc.) nicht im Vertrag festgeschrieben werden. Statt dessen schlagen wir vor, die konkrete Abgrenzung der einzelnen Rubriken in der jeweiligen Finanziellen Vorausschau vorzunehmen.

#### Frage 4 (Flexibilität zwischen den Obergrenzen und vereinfachtes Revisionsverfahren)

Flexible Obergrenzen könnten einen unerwünschten Anreiz bieten, durch Übertragung sämtliche Ausgabenspielräume zu nutzen. Daher sollte die Änderung der Obergrenzen weiterhin nur im Wege der Revision der Finanziellen Vorausschau möglich sein.

Wir halten ein vereinfachtes Verfahren zu Änderung der Finanziellen Vorausschau nicht für sinnvoll. Eine mögliche Anpassung sollte nach dem gleichem Verfahren wie die Aufstellung der Finanziellen Vorausschau vorgenommen werden. Nur so kann der Wille des Haushaltsgesetzgebers an der Einhaltung der Obergrenzen respektiert werden.

#### Frage 5 (Laufzeit)

Für eine längere Laufzeit (7 Jahre) spricht die finanzielle Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum, allerdings erhöht sich dadurch das Prognoserisiko und verringert sich die Flexibilität. Finanzplanungszeiträume in Nationalstaaten haben in der Regel eine Laufzeit von 4 –5 Jahren. Dies könnte auch eine Richtschnur für die Gemeinschaft sein. Da die Finanzielle Vorausschau auch als in Zahlen gegossene politische Prioritäten der Gemeinschaft verstanden werden können, erscheint auch eine Synchronisation mit EP- und KOM-Wahlperioden sinnvoll. Dabei sollte aber sichergestellt sein, dass zu jedem Zeitpunkt eine Finanzielle Vorausschau in Kraft ist.

#### Frage 6 (Entscheidungsverfahren)

Deutschland könnte sich vorstellen, dass das Verfahren weitgehend am bisherigen Verfahren in der Interinstitutionellen Vereinbarung ausgerichtet wird: Die Kommission legt eine Empfehlung für die Finanzielle Vorausschau vor, der Rat beschließt dann mit qualifizierter Mehrheit und anschließend das EP mit einfacher Mehrheit.